

Sehr geehrte Damen und Herren,

In großen Teilen der Bevölkerung unseres Landes hat die Diskussion um die Agenda 2010 starke Irritationen ausgelöst. Doch vielleicht sind dies nur die ersten seismographischen Anzeichen dafür, dass die Zeit nun endlich gekommen ist, für den von Bundespräsident Roman Herzog schon vor Jahren geforderten „Ruck“ durch unsere Gesellschaft.

Entscheidend dabei, was bei einem „Ruck“ „hinten heraus“ kommt, sind die folgenden Punkte:

1. Geht der Ruck in die richtige Richtung? (einfach nur „Rolle-rück-wärts“ ist keine Lösung!)
2. Ist der Impuls kräftig genug, um die erhoffte Wirkung zu erzielen?
3. Könnten sich die „Rückschlagkräfte“ in einer Weise aufschaukeln, in der sie die Wirkung des Ausgangsimpulses bei weitem übertreffen?
4. Gibt es Alternativen, die Erfolg versprechender und sicherer sind als die bisher vorliegenden Vorschläge und deren Abwehrkonzepte?

Mit dem Vorschlag zur reflexiven Beschäftigungssteuer gibt es diese Alternative! Damit liegt eine ebenso einfache, wie effiziente Lösung vor, - auch wenn dies für manchen Verteidiger des „Status quo“ nicht zum Bereich des Vorstellbaren gehört.

Ebenfalls beeinträchtigend für die Wahr- und Aufnahmefähigkeit der Entscheidungs- und Bedenkenträger dürfte der Verbal-Tumult sein, in den diese sich heillos verbissen zu haben scheinen.

Auf Grund dieser Situation ist es fraglich, ob es überhaupt gelingen kann, die Aufmerksamkeit der Akteure auf eine Lösung zu richten, die für alle Beteiligten von großem Nutzen wäre.

Wenn überhaupt, dann nur indem sich eine breite „Öffentlichkeit“ dazu positiv artikuliert, könnte genügend Aufmerksamkeit entstehen, um den erforderlichen Umdenkungsprozess einzuleiten.

----- (kurzer Auszug aus)-----

"Umdenkungsprozess" (Berliner Stimme von Juni 1996)

"Da Unternehmer kostenorientiert denken (müssen!), sollte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (europaweit?) das Prinzip der „selbst gesteuerten Besteuerung“ eingeführt werden.

Das heißt:

- Hohe Prozentsätze von Arbeitslosigkeit führen zu hohen Besteuerungssätzen,
- niedrige Arbeitslosenzahlen zu niedrigen Steuersätzen.

Die Gelder fließen in zwei voneinander unabhängige Fonds:

1. Zur Entwicklung neuer Arbeitsplätze in bestehenden Betrieben (betriebliche Fortbildung, Lohnkostenzuschüsse in Entwicklungsbereichen usw.)
- Vergabe der Mittel durch den jeweils zuständigen „Unternehmensverband“.

2. Als Risikokapital zur Schaffung umweltschonender Industrieentwicklung bzw. Betriebsgründungen, die zukunftsorientierte (ökologische) Dienstleistungen und Produkte anbieten wollen.

- Vergabe der Mittel durch einen ökologisch orientierten Beirat von Wissenschaftlern.“

----- (mehr dazu in den Anlagen)-----

Es mangelt wahrlich nicht an Lösungsvorschlägen, mit denen der Anspruch erhoben wird, ordnend auf die verschiedenen Problembereiche des komplexen Durcheinanders unserer Wirtschaft und deren Förderstrukturen einzuwirken.

Doch bisher taugt nicht ein einziger Vorschlag dazu, all diese Einzel-Maßnahmen in einem Gesamt-System so aufeinander zu beziehen, dass diese sich in einem permanenten, realitätsgesteuerten Prozess gegenseitig selbst optimieren.

Dass unter den bestehenden strukturellen Bedingungen, die Entscheidungslinien scheinbar völlig an den eigentlichen Erfordernissen vorbei laufen, wird inzwischen wohl niemand mehr bestreiten können.

Wen wundert's noch, dass Deutschland als das Land, das die meisten staatlichen Beihilfen für Unternehmen gewährt, beim Wirtschaftswachstum den letzten Platz hinter allen europäischen Ländern einnimmt?

Das Resultat dieser Fehlentwicklung sollte es jedem klar machen, - nur effizient eingesetzte Mittel würden eine positive Wirkung haben. In der jetzigen Form verpuffen „Staatsbeihilfen“ nicht nur völlig wirkungslos, sondern sie werden selbst zum Ballast für die Wirtschaft. Allein durch bürokratische „Verwaltungsakte“ werden davon schon 40% verzehrt. Und Dank der „Phantasie und des wirtschaftlichen Sachverstandes“ von Verwaltungsbeamten wird das restliche Geld meist nach dem nicht immer sehr zielführenden Prinzip der Gießkanne „ver-geben“ . *[Ohne diese „Staatsbeihilfen“ wären sicherlich hunderte von Arbeitsplätze akut gefährdet, - vorwiegend in der die Papier-Industrie und Aktenordnerproduktion.]*

Wenn nun, nicht zuletzt als Folge dieser Missstände, ein Punkt erreicht ist, an dem es unabwendbar geworden ist, dem Einzelnen (Arbeitnehmer, Arbeitslosen) in Zukunft durch den Abbau sozialer Transferleistungen ein höheres individuelles Risiko aufzubürden, so muss parallel dazu dafür gesorgt werden, dass dieser "Risiko-Fall" in der Regel vermeidbar bleibt. Im Ausgleich für den Verlust individueller Sicherheiten, müssen die Chancen, Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden, entscheidend verbessert werden.

Um dieses, „nicht ganz neue Ziel“ nun endlich zu erreichen, müssen für die Wirtschaft Anreize dafür geschaffen werden, dieses Angebot an Arbeitsplätzen auch bereitzustellen. Die neue soziale Absicherung des Einzelnen bestünde also in einer verbesserten Nachfrage nach seiner „Arbeitskraft“ von Seiten der Wirtschaft. Dazu bedarf es jedoch konkreterer Steuerungsmechanismen als die bisher vage in Aussicht gestellte „Beschäftigungswirksamkeit“, die in Folge geringerer Steuern und Abgaben entstehen soll! Nur mit Hilfe der reflexiven Beschäftigungssteuer ist zu erwarten, dass die Unternehmerschaften ein strukturelles Interesse an Vollbeschäftigung haben werden, da sich andernfalls die Steuern für sie erhöhen würden. Nicht der Staat, sondern die Unternehmer selbst schaffen sich in Zukunft die günstigsten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und dies alles,

- ohne weitere staatliche Verschuldung (sondern durch kostenneutrale Umverteilung und Abbau staatlicher Transfermittel; Deckung anfänglicher Mehrkosten der Umstellung ggf. durch Goldreserven).
- ohne „Zwangsmassnahmen“, (sondern mit Handlungsanreizen für Unternehmer )
- und ohne, dass wir weiter auf ein Wachstums von mindestens 2% spekulieren müssen, weil dies als wirtschaftliche Voraussetzung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze angesehen wird. (nicht mehr „Nachfrage-“ und „Angebots-Ideologien“ bestimmen das Denken und Handeln, sondern „qualitatives Wachstum“ und „Prozess-Optimierung“).

Wenn Sie die, in den Anlagen weiter ausgeführten, Vorschläge für wert erachten, in die öffentliche Diskussion aufgenommen zu werden, so bitte ich Sie darum, ihre Möglichkeiten zur deren Verbreitung einzusetzen. Mit Hilfe eines "Schneeball-Systems", bei dem ausnahmsweise einmal alle zu den Gewinnern gehören könnten, würde dieser Vorschlag sehr rasch große Verbreitung finden und so der Öffentlichkeit ein „Re-Briefing“ der Bundesregierung und Bundestagsabgeordneten ermöglichen.

Frei nach Erich Kästner,  
verbleibe ich daher mit der

PAROLE: "E-mail";  
Denn wie Sie wissen: "Es gibt nichts Gutes außer man tut es"

Albert Reinhardt

1. E-mail: Weiterleitung an Repräsentanten die sich für das Thema interessieren sollten.  
An: Ihr\_Bundestagsabgeordneter@???.de  
CCC: internetpost@bundeskanzler.de , albert-reinhardt@web.de
2. E-mail: Weiterleitung an Personen die sich für das Thema interessieren könnten.  
An: ihre-eigene@ressse.de ,  
CCC: musterfrau@gmx.de , mustermann@t-online.de ,